20/21.9

Teil der Ausgaben gesperrt

Haushaltsplan der Verbandsgemeinde Bodenheim genehmigt

-m- **Bodenheim/Nackenheim.** — Der Haushaltsplan der Verbandsgemeinde Bodenheim ist von der Aufsichtsbehörde genehmigt worden. Dies erklärte Bürgermeister Gerhard Krämer in jüngster Sitzung im Film- und Feierraum der Carl-Zuckmayer-Schule in Nackenheim. Aufgrund der allgemeinen finanziellen Lage seien unter Hinweis der Gemeindeverordnung zehn Prozent aller Ausgabenansätze im Verwaltungshaushalt 1975 mit Ausnahme der Personalausgaben, soweit die Ansätze nicht auf gesetzlichen oder vertraglichen Verpflichtungen beruhen, gesperrt. Diese Sperrungen könnten nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Bürgermeisters im Einzelfall aufgehoben werden.

Die Aufsichtsbehörde habe weiter mitgeteilt, daß eine Erhöhung der Umlagen vermieden werden solle. Allerdings habe man empfohlen, die Kosten für den Feldschutz umzulegen. Bürgermeister Gerhard Krämer führte in diesem Zusammenhang aus, zunächst wolle man die örtlichen Bauernvereine fragen, ob sie generell Wert auf den Feldschutz legten. Auch die Ortsbürgermeister wolle man in dieser Frage konsultieren.

Ratsmitglied Zink (SPD) gab zu bedenken, es sei nicht richtig, die Vereine hierzu zu hören. Wenn nun die Landwirte nein sagten, dann könne es vorkommen, daß sich die Fluren in eine Wüste verwandelten. Er denke besonders an abgelagerte Autowracks.

Der Sprecher der CDU, Ratsmitglied Rudi Hock, führte aus, die CDU sei der Ansicht, daß die letzte Entscheidung in dieser Frage der Rat zu treffen habe. Es sei aber keineswegs falsch, zunächst die Berufsvertretungen zu hören. In ähnlichem Sinne äußerte sich Ratsmitglied Schultz von der FDP und sprach von einer vernünftigen Idee, die Landwirte anzuhören. Die Sache sei demokratisch.

Abschließend erläuterte Bürgermeister Gerhard Krämer, die Autowracks seien nicht generell Sache des Feldschutzes. Dies zähle schon zum Umweltschutz. Man könne nur einen Teil des Feldschutzes umlegen. Mit den Befragungen wolle man sich zunächst einmal Klarheit in dieser Sache verschaffen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung billigten die Ratsmitglieder einstimmig den Einbau einer Trennwand mit Tür in der Schule Gau-Bischofsheim für 3500 Mark. Bürgermeister Krämer führte dazu aus, die Grundschule verfüge dort über keinen Verwaltungsraum. Die Trennwand komme zwischen Lehrerzimmer und Fachgruppenraum. Auch der Elternbeirat habe diesen Antrag unterstützt. Der heute von der Verwaltung benutzte Fachgruppenraum werde dem ursprünglichen Zweck wieder zugeführt.